

Streit über Kultur im Gewerbegebiet

FDP kritisiert Nutzung durch Verein – 600 Euro Jahresmiete für 8500 Quadratmeter Veranstaltungsfläche

VON FLORIAN SCHWIEGERSHAUSEN

Bremen. Freie Gewerbeflächen gerade am Bremer Airport sind ein knappes Gut. Eine davon befindet sich in der Airportstadt an der Amelie-Beese-Straße. Es handelt sich um 8500 Quadratmeter. Wenn die Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) diese Fläche verkaufen würde, könnte sie nach eigenen Angaben mit Einnahmen in Höhe von 4,7 Millionen Euro rechnen. Würde Bremen die Fläche in Erbpacht vergeben, könnte sie nach aktuellem Stand mit 330.000 Euro pro Jahr rechnen. Doch seit Neuestem ist diese Fläche auf Dauer an den Verein Kulturbeutel mit seinem „Irgendwo“ vergeben. Zuvor hatte Kulturbeutel die Fläche für vier Jahre zur Zwischennutzung erhalten. Der Verein zahlt für die Fläche nun laut FDP pro Jahr eine Nutzungsgebühr in Höhe von 600 Euro. Das hat eine kleine Anfrage der Bremer FDP-Fraktion an den Senat ergeben.

Um den neuen Dauermietvertrag gab es lange Diskussionen zwischen Wirtschaftsministerin Kristina Vogt (Linke) und Bause-

„Muss man ausgerechnet eine solche Fläche an die Kultur vergeben?“

Lencke Wischhusen, FDP-Fraktion

natorin Maike Schaefer (Grüne), bei denen sich auch Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) einschaltete. Am Ende hieß es, dass Kulturbeutel die Fläche für seine Veranstaltungen auf Dauer erhalten kann, im Entwicklungsprogramm für Gewerbeflächen bis 2030 werde es dann eine Ersatzfläche geben.

Über diese Vorgänge ist die FDP-Fraktionsvorsitzende Lencke Wischhusen verärgert: „Muss man ausgerechnet eine solche Fläche an die Kultur vergeben? Als ob es da nicht auch beispielsweise Flächen in Hemelingen für ein solches Projekt gäbe. Für besondere Veranstaltungen sind junge Menschen auch bereit, dorthin zu fahren.“ Die Argumentation, es habe kein anderes Areal gegeben, lässt sie nicht gelten und führt weiter aus: „Es zeigt einfach, dass die Kulturlobby in Bre-



Das „Irgendwo“ in der Bremer Airportstadt ist das Hauptprojekt des Vereins Kulturbeutel. Das Foto stammt vom April 2020.

FOTO: LOUIS KELLNER

men so groß ist, dass damit der Wert der Wirtschaft seitens des Senats komplett verkannt bleibt.“

Wischhusen sieht in dem Gewerbegebiet eine optimale Erweiterungsfläche nicht nur für das Unternehmen OHB, das sich mit MT Aerospace direkt in der Nachbarschaft befindet. Auch für Airbus könne das infrage kommen. Die FDP-Fraktion hat sich vorrechnen lassen, wie viele Steuereinnahmen Bremen zusätzlich verbuchen könnte, wenn hier 600 bis 700 neue Arbeitsplätze entstünden. Die Summe läge demnach zwischen 681.000 und 795.000 Euro.

Kulturbeutel erhält als Förderung vom Kultursenator insgesamt 82.000 Euro. Das Geld diene zur Förderung der „freien Szene“. Der Senat will damit die Attraktivität Bremens für junge, kreative Menschen steigern, indem es ihnen die Möglichkeiten bietet, sich auszuprobieren, zu experimentieren, zu feiern, Kreatives zu schaffen. Alternative Kulturprojekte, Partykollektive oder temporäre sommerliche Raumnutzung durch eine junge Bremer Szene seien dabei ein unverzichtbarer Teil eines urbanen Kulturlebens. Dies sei im Städtewettbewerb ein wichtiger Baustein, um junge Fachkräfte und junge Menschen nach Abschluss der Ausbildung in der Stadt zu halten.

Lencke Wischhusen möchte gern wissen, wo der vergleichbare Ersatz für die vergebene Gewerbefläche entstehen soll: „Wenn das beispielsweise in Bremen-Farge wäre, würden Airbus oder OHB ja wohl kaum dorthin gehen.“ Hier werde der Subkultur ein größerer Stellenwert eingeräumt als Arbeitsplätzen. Wenn es nach der FDP-Fraktionsvorsitzenden ginge, sollte man die Entscheidung rückgängig machen. Auch über die aus ihrer Sicht viel zu niedrige Miete müsse man dringend nachdenken, wenn bei Erbpacht die Rede von „330.000 Euro pro Jahr“ sei.

Als im vergangenen Jahr der Mietvertrag des Vereins Kulturbeutel auslief, hatten sich Kulturschaffende mit einem offenen Brief und einer Petition für den Erhalt eingesetzt. Damals sprach sich Uwe A. Nullmeyer, ge-

schäftsführender Vorstand der Interessengemeinschaft Airportstadt, für eine künftige gewerbliche Nutzung der Fläche aus. Unterstützung erhielt er damals vom Vorsitzenden der Wirtschaftsdeputation, Christoph Weiss (CDU).

Auch Airbuspläne spielen eine Rolle

Bremen. In die Diskussion um das Gewerbegebiet spielt auch die Zukunft des Bremer Airbus-Werks mit hinein, das im Falle einer Erweiterung zusätzliche Flächen benötigen würde. Momentan geht es um ein Zukunftsbild für das Bremer Airbus-Werk. Fünf Monate lang haben Airbus-Betriebsräte zusammen mit der IG Metall einen Plan erarbeitet, wie sich die Flügelproduktion im Bremer Werk erhalten lasse.

Darüber wurden nun auch die Vertreter der Bürgerfraktionen, der WFB und des Senats informiert. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Mustafa Güngör erklärte danach, die SPD werde die Vorschläge des Betriebsrats unterstützen und alles Notwen-

dige dafür tun. „Uns ist wichtig, dass die Kernkompetenz der Flügelausrüstung mit samt ihrer zugehörigen Prozesskette in Bremen erhalten bleibt und im optimalen Fall um ein zusätzliches Repair-Geschäft erweitert wird.“ Güngör bekräftigte: Eine Verlagerung der deutschlandweit einmaligen Flügel-Kompetenz ins Ausland war und ist für uns nicht akzeptabel.“ Die Bremer SPD-Fraktion fordert im Schulterschluss mit Betriebsräten und IG Metall die Airbus-Geschäftsleitung auf, nun ihrerseits einen Zukunftsplan vorzulegen, „aus dem hervorgeht, wie man den Bremer Standort weiterentwickelt und gleichzeitig die Arbeitsplätze dauerhaft absichert.“ fsw